

Rundbrief Juli II 2022

US-Präsident besucht Israel und Palästina Eine Enttäuschung...

Wer den Besuch von **US-Präsident Joe Biden** in Israel und bei einem nur 45 Minuten kurzen Empfang mit **Präsident Mahmoud Abbas** in Bethlehem - ohne gemeinsame Erklärung und Zulassung von Pressefragen - verfolgt hat, konnte schnell den tatsächlichen Grund des Besuches ausfindig machen. Das Hauptziel von Bidens Besuch bestand darin, die „**Jerusalem Erklärung**“ zu verkünden und zu unterzeichnen, in der Israel und eine Reihe arabischer Staaten sich verpflichten, eine militärische Allianz zu bilden, die den Iran daran hindern soll, Atomwaffen zu erwerben oder Israels Sicherheit und die der Golfstaaten zu gefährden. In dem dreitägigen Besuch in Israel betonte Biden immer wieder die US-amerikanische Freundschaft zu Israel und sparte nicht damit zu betonen, dass Israels Sicherheit höchste Priorität habe.

Mit der Ankündigung, den Bau einer Eisenbahn zu verfolgen, die Israel, Jordanien und Saudi-Arabien verbindet, um den internationalen Handel zu erleichtern, und eine „Normalisierung“ zwischen Israel und arabischen Staaten zu erreichen, setzt er den von Trump einst verkündeten **Jahrhundert-Deal** um.

Abbas, der alle wesentlichen Punkte zur Umsetzung der Zwei-Staaten-Lösung und zur Beendigung der Besatzung bei seiner Begrüßung angesprochen hatte und an Biden appellierte, den verheerenden Zustand beenden zu lassen, musste sich lediglich anhören, dass die USA weiterhin an der **Zwei-Staaten-Lösung** als Prinzip festhielten, da sie die beste Lösung sei. Dabei wurde im Vorfeld bekannt gemacht, dass die USA keinen Druck auf Israel ausüben wollten. Biden, der von dem amtierenden **Ministerpräsident Jair Lapid** als „großer Zionist“ begrüßt wurde, hat sich in der Tat durch die Verlautbarungen seiner Aussagen auch als einen solchen verhalten, da er keinen einzigen Punkt zur Lösung des Palästina-Problems erwähnte und stattdessen betonte, dass die USA Israel den Einsatz ihrer gesamten "nationalen Macht" zur Verfügung stellten.

Für die PalästinenserInnen ist der knapp einstündige Besuch so enttäuschend wie alle bisherigen Ankündigungen, so **Mustafa Bargouthi** in einer eigenen Mitteilung. Es sei mehr als eine Schande, dass Biden keine politische Lösung

anstrebe, sondern lediglich eine Zusage von 200 Millionen US-Dollar für das Auguste-Viktoria-Hospital in Ost-Jerusalem für die Behandlung von krebserkrankten Menschen gemacht habe. Mit den zugesagten amerikanischen Mitteln zur Erleichterung der Lebensumstände in den besetzten Gebieten und im Gazastreifen würden die USA einem massiven palästinensischen Volksaufstand zuvorkommen wollen, der kaum zu bändigen sei. Anstatt an der Beendigung der Besatzung festzuhalten, ruft Bargouthi zu einem strategischen Umdenken auf, nämlich die Bekämpfung der real existierenden israelischen Apartheid und der Missachtung der Menschenrechte.



Nazih Musharbash, DPG-Präsident

Es muss festgestellt werden, dass das Palästina-Problem nicht das Interesse der US-Politik und der meisten arabischen Staaten findet. Das um seine Heimat betrogene palästinensische Volk ist schon wieder ohne Beistand und Unterstützung!

In diesem Zusammenhang bedankt sich die DPG bei David Zonsheine, dem Vorsitzenden von B´Tselem, Bethlehem, für die aussagekräftigen Hinweise.

Israel wählt eine neue Regierung, die vierte in fünf Jahren... und die Palästinenser?

Internationale Beobachter verzeichnen eine erstaunliche Leistung Israels im Umgang mit seinen inneren Angelegenheiten und bei der Bewältigung seiner großen politischen Differenzen. Interne Konflikte zwischen den Parteien sorgen stets für die Auflösung der einen oder der anderen Regierungskoalition. Ist das ein Zeichen von politischer Instabilität oder gar übertriebenem Opportunismus der israelischen politischen Führung, Hoffnung auf bessere Politik, wenn parlamentarische Uneinigkeit zur schnellen Auflösung der Knesset führt? Bemerkenswert ist es allemal, dass Israel dabei ist, zum fünften Mal zur Wahl innerhalb von nur vier Jahren aufruft. Somit scheint es, dass ausgerechnet Wahlen, das Mittel sind, durch das Meinungsverschiedenheiten zwischen den konkurrierenden Parteien und innerhalb ihrer Gruppierungen zumindest bis zur übernächsten Wahl ausgeräumt werden können. Als Schlussfolgerung ist zu vermerken, dass die israelische Gesellschaft, obwohl zerstritten, immer wieder geduldig auf das Ergebnis der demokratischen Wahlen hofft und sich nicht gegenseitig zerfleischt.

Die letzte demokratische palästinensische Wahl, bei der die Hamas die absolute Mehrheit erreichte, fand am 25. Januar 2006 statt. Das Ergebnis dieser einzigen demokratischen Wahl in Palästina wurde prompt von Israel und dem Westen boykottiert. Seitdem regiert die Fatah unter der Führung von Präsident Mahmoud

Abbas, eigentlich ohne weitere Legitimation weiter, da die Amtszeiten des Präsidenten und des Legislativrates obsolet geworden sind.

Fatah und Hamas sind seitdem für den entstandenen und heftig gewordenen politischen Konflikt innerhalb der palästinensischen Gesellschaft und für die Schwächung ihrer Haltung gegenüber Israel alleine verantwortlich. Beide Gruppierungen widersprechen und beschuldigen sich gegenseitig, weigern sich konstruktiv miteinander zusammenzuarbeiten und bekämpfen sich gar heftig und oft mit Gewalt. Die palästinensische Uneinigkeit ihrer politischen Kräfte ist bislang als ein Haupthindernis für die Erreichung ihrer eignen Ziele anzusehen.

Damit Palästina seinen Staat in Würde und Gerechtigkeit erhält und damit die Besatzung beendet werden kann, müssen Fatah und Hamas auf die Mittel der Partnerschaft, der Einheit und der Akzeptanz des anderen setzen, und endlich ihre Differenzen demokratisch beilegen.

Nazih Musharbash, DPG-Präsident

Nahostkonflikte und Palästina in den Medien



Christoph Schult
SPIEGEL-Korrespondent
Dienstag, 19. Juli 2022
19:00 – 20:30

Hierzu müssten Sie sich anmelden, da die Teilnahme an den Vorträgen wunsch- und verabredungsgemäß nur für unsere Mitglieder zugänglich sein soll.

Verbindliche Anmeldung: Anmeldung-Vortrag@dpg-netz.de

Vorankündigung – Zoom-Vorträge

Donnerstag, 18.08.2022

Der ewige Kampf um Jerusalems heilige Stätten

Dr. Joseph Croitoru

Ein sehr lesenswerter Bericht zur Shoa und zur Nakba von Joseph Croitoru
<https://de.qantara.de/inhalt/die-schoa-und-die-nakba-zwei-eng-verflochtene-urkatastrophen>

Erinnerungskultur - Nakba und deutsche (Un-)Schuld

Kommentar von Charlotte Wiedemann

Die Erinnerungskultur muss sich für palästinensische Erzählungen öffnen. Was 1948 im Nahen Osten geschah, verlangt mehr als einseitige Empathie. Es ist ein Erfordernis deutscher Geschichte, im Land der Schoah über den israelisch-palästinensischen Konflikt im Nahen Osten mit Bedacht und Achtsamkeit zu sprechen. Was wären Kriterien dafür? Zum Beispiel Genauigkeit, historische Redlichkeit und selbstkritische Betrachtung des Eigenen. Die Realität sieht allerdings anders aus.

Weiter unter: <https://taz.de/Erinnerungskultur/!5864163/>